

PRESSEMITTEILUNG 42 – 03.03.2026

Beate Raudies

Ein wichtiger Beitrag zur Aufarbeitung des dunkelsten Kapitels unserer Geschichte

Anlässlich der heute vorgestellten Studienergebnisse zur Rolle der schleswig-holsteinischen Finanzbehörden zur Zeit des Nationalsozialismus erklärt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Beate Raudies:

„Die Finanzbehörden auch in der damaligen preußischen Provinz Schleswig-Holstein haben im Dritten Reich dabei geholfen, Jüdinnen und Juden, Sintize und Sinti sowie Romnja und Roma und andere Menschen, die nicht ins Weltbild der Nazis passten, zu schikanieren und systematisch auszuplündern. Unterdrückung und Verfolgung geschahen nicht willkürlich, sondern auf gesetzlicher Grundlage. Die meisten Beamten der Finanzverwaltung im Dritten Reich hatten daher keine Bedenken, die Reichsfluchtsteuer und die „Judenvermögensabgabe“ festzusetzen und beizutreiben. Oder das Vermögen deportierter und ermordeter Menschen zu beschlagnahmen, zu inventarisieren und meistbietend zu verkaufen. Der Staat und seine Beamten traten dabei Menschenrechte und Menschenwürde mit Füßen.

Heute müssen wir diese Geschichte erforschen und dokumentieren. Damit wir nicht vergessen. Und damit wir verhindern, dass so etwa in Deutschland noch einmal passiert. Die vorliegende Studie, die wir einstimmig als Landtag auf den Weg gebracht haben und die vom Finanzministerium federführend begleitet wurde, ist ein wichtiger Schritt bei der Aufarbeitung des dunkelsten Kapitels unserer Geschichte.“